

Antrag der SPD-Fraktion

1. Die Verwaltung berichtet, ob bei S-Mail der Mindestlohn für Briefdienstleister/Briefzusteller gezahlt wird.
2. Sollt dies nicht der Fall sein, berichtet die Verwaltung, mit welchen Konsequenzen die Rückkehr der Stadt Tübingen zur Post AG verbunden wäre.

Begründung:

Die Universitätsstadt Tübingen sollte keine Dienstleistungen in Anspruch nehmen von Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dumpinglöhne bezahlen.

Tübingen, den 29.03.2009

Braungardt-Friedrichs